

Ist der Liberalismus noch zu retten?

Von seiner politischen zu einer personalen Idee

Gerald Mackenthun (Berlin)

Januar 2016

Abstract

Das Wort „neoliberal“ wurde zum Synonym für den Niedergang einer einst einflussreichen Denkrichtung und Lebenshaltung. Die verheerenden Folgen einer weitgehend unkontrollierten Finanzwelt, gepaart mit persönlicher Gier, haben den Wert des freiheitlichen Liberalismus diskreditiert. Die großen nationalen und globalen Probleme kommen heute nicht mehr ohne staatliche Eingriffe aus. Sie einfach laufen zu lassen, hat sich als nicht praktikabel erwiesen. Auch Liberale müssen die Notwendigkeit staatlicher Regulierung anerkennen. Wenn der „Nachtwächterstaat“ keine Option ist, für was kann dann der Liberalismus eigentlich noch stehen? Dazu müssten die „Freiheit von...“ und die „Freiheit zu...“ untersucht werden. Die Freiheit von Despotismus und Willkür ist weitgehend erreicht. Aber noch fehlt vielen eine Idee, wie sie die „Freiheit zu...“ mit Inhalten füllen können. Eine liberale Haltung sorgt für alle drei Dimensionen der Freiheit: die Autonomie durch Berufsfähigkeit, die emotional tragenden Beziehungen durch Sozialfähigkeit und das Werterkennen in der Moralfähigkeit. Hier hätte ein personaler Liberalismus eine weitreichende Aufgabe.

* * *

Mit Liberalismus werden Eigenverantwortung, Selbstbestimmung, Subsidiarität und Wirtschaftsfreiheit assoziiert. Aber kaum noch jemand möchte hierzulande als „liberal“ gelten. Die Kredit-, Wirtschafts-, Finanz- und Staatskrisen der vergangenen anderthalb Jahrzehnte haben eine unregulierte Finanz- und Wirtschaftswelt gründlich diskreditiert. Liberale und solche, die sich dafür halten, werden trotzdem nicht müde, die „zunehmende Gängelung“ durch staatliche Institutionen einschließlich der Europäischen Union zu kritisieren. Damit dringen sie immer weniger durch. Wie in Österreich oder Frankreich verfolgt die Mehrheit in Deutschland einen staatsfreundlichen Kurs, die sich immer neue öffentliche Aufgaben, regulierende Eingriffe und Transferleistungen ausdenkt. Es herrscht ein allgemeiner Hang, alles regeln und absichern zu wollen.

Die Beispiele, die Liberale dazu vortragen, sind das Rauchverbot in geschlossenen Räumen, das Finanzdienstleistungsgesetz, das unbedarfte Anleger vor Totalverlust ihres Einsatzes schützen soll, oder das EU-Fernmeldegesetz, das gegen aggressives Telefonmarketing und überteuerte Roaming-Gebühren gerichtet ist. Neuerdings brauchen Hundebesitzer einen Hundeführerschein. Gravierender sind vielleicht die finanziellen Anreize, um allen kleinen Kindern einen kostenlosen Krippenplatz zu garantieren. „Eine vermeintlich wohlmeinende Bürokratie lullt die Bürger ein“, beklagte der Leiter der Wirtschaftsredaktion der Zürcher Zeitung, Peter A. Fischer (31. Dezember 2015).

Aber gerät der Einzelne wirklich zunehmend in Abhängigkeiten und verliert er an individuellem Freiraum, Wahlmöglichkeiten und Rechten? Die eben genannten Beispiele ergeben durchaus kein eindeutiges Bild. Das Rauchverbot kommt den Nichtrauchern zugute, immerhin ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung. Das Fernmeldegesetz erhöht die Möglichkeit, gegen belästigende Anrufe vorzugehen. Die EU-Kommission will für Handy-Nutzer die hohen Kosten von Auslandsverbindungen begrenzen. Uneinsichtige Hundebesitzer sind seit jeher eine Plage. Umstrittener sind die stetig anwachsenden staatlichen Zuwendungen für Familien mit Kindern, die gerne in Anspruch genommen werden. Bleibt eigentlich nur das Finanzdienstleistungsgesetz als definitiv überflüssig übrig. Wer sein Geld unbedingt verbrennen will, möge es doch bitte tun.

Es scheint, als gingen den Liberalen die Themen aus. Dabei böten sich noch einige Inhalte an. So sind die reichen Industriestaaten von der reinen Gefahrenabwehr zunehmend zum Vorsorgeprinzip übergegangen. Hypothetische Minirisiken wie Niedrigstrahlung, Asbest, Reste von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln und Feinstaub werden mit Geldsummen bekämpft, die in keinem Verhältnis zum kaum noch messbaren Gesundheitsnutzen stehen. Die Kernenergie leistet einen enormen Beitrag zur Luftreinhaltung. Auch die Grüne Gentechnik müsste global gesehen kräftig gefördert werden. Jährlich 80 Millionen neue Erdenbürger wollen essen.

Kolumnist Fischer hat aber Recht, wenn er schreibt, dass die Kosten für eine immer umfangreichere Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge ständig steigen – und zugleich die Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Praktisch alle Staaten leisten sich Wohlfahrt auf Pump. Die gute Nachricht dabei ist: Das muss niemals zurückgezahlt werden! Jedenfalls nicht von den jetzt Lebenden. Wie die nächste Generation die angehäuften Schulden begleichen soll, bleibt unerfindlich. Niemand denk an einen Schuldenabbau, auch nicht bei der derzeit guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland. Stattdessen wächst der Kreis der von staatlicher Alimentierung Lebenden kontinuierlich. Die Folge ist ein Gewöhnungseffekt: Der Anreiz, finanziell auf eigenen Beinen zu stehen, sinkt. Das alles ist mehrheitlich gewollt. Umgekehrt wurde die notwendige Reform des Sozialstaats durch das Kabinett Schröder (SPD) massiv bekämpft.

Es ist sehr die Frage, ob – wie Fischer meint – „der Bürger eingelullt“ und der individuelle Freiraum eingeschränkt wird, der Einzelne zunehmend in Abhängigkeit gerät und der individuelle Freiraum schrumpft. Wird „die Wirtschaft gelähmt und die Gesellschaft geschwächt“? Bereichern sich „mächtige Minderheiten“ am „System“? Handeln Behörden willkürlich?

In dieser Pauschalisierung stimmen die liberalen Klagen sicherlich nicht. Der liberale Diskurs muss sich in Zukunft differenzieren und ehrlich machen. Wenn in liberalen Kreisen von „wirtschaftlicher Freiheit“ die Rede ist, so verbirgt sich dahinter der Wunsch nach reduzierten Steuersätzen, die nur mit einem Zurückfahren des Sozialstaates zu haben ist. Dann muss aber auch deutlich gesagt werden, wo gekürzt werden soll. Zu einer solchen Ehrlichkeit sind Liberale bislang nicht bereit. Sie murren über eine Sozialstaatsquote von 27 Prozent (in der Schweiz), 34 Prozent (im Durchschnitt der OECD) oder knapp 50 Prozent (in Deutschland). Sie ärgern sich über dominante soziale Lobbygruppen, von den Gewerkschaften über den Bauernverband bis zu den Öko-Lobbyisten. Gut organisierte Gruppen engagieren sich effektiv für ihre Interessen. Die deutschen Stromkonzerne gehören nicht dazu; sie wurden vom Atomausstieg kalt erwischt. Bis weit in die Grünen und Linken hinein besteht ein unhinterfragter Etatismus, der ebenso unhinterfragt von stetem Wirtschaftswachstum als Voraussetzung ungebremsster Finanzierungswünsche ausgeht.

Was Liberale bislang noch kaum wahrnehmen ist der Umstand, dass der Staat sich um immer mehr Probleme und Problemgruppen kümmern *muss*. Der Grund liegt darin, dass keine andere gesellschaftliche Kraft in der Lage wäre, die zunehmend globalisierten Schwierigkeiten zu bewältigen.

Werfen wir kurz einen Blick zurück auf Henry David Thoreau, dem Großvater aller Anti-Etatisten und Prophet des zivilen Ungehorsams. Er weigerte sich, eine Individualsteuer zu zahlen, weil er glaubte, damit auch die Sklaverei und den Krieg der USA gegen Mexiko zu finanzieren. Das ist ein ehrenwertes Motiv. 1849 baute er seine Weigerung zu einer Ablehnung jeglicher staatlicher Ordnung aus. Thoreau wird noch heute gern auf Partys zitiert.

Was könnten wir heute, mehr als 150 Jahre später, von Thoreau bezüglich der Flüchtlingsströme, des Gesundheitssystems oder der öffentlichen Schulbildung lernen? Nichts. „Staat“

an sich abzulehnen ist Ausdruck sozialer Beschränktheit. Auch die Reduzierung staatlicher Funktionen auf die Gewährung eines Minimums an öffentlicher Ordnung („Nachtwächterstaat“) ist angesichts von organisierter Kriminalität, Aids- und Ebola-Epidemien und immer wieder aufflackernden Hungersnöten schon immer eine unrealistische Idee gewesen. In diesen und anderen Fällen ein Zurückweichen staatlicher Autorität zu fordern, gibt die Gesellschaft der Gewalt preis. In Somalia oder Libyen können aktuell die Konsequenzen besichtigt werden.

Dass derartige Einfälle immer noch Anhänger haben, liegt an einem simplen Denkfehler. Thoreau und andere Apologeten eines Anti-Etatismus (einschließlich mancher Liberaler) sprechen aus gesicherten und gefestigten Gesellschaften heraus. Sie leben eigenständig und brauchen scheinbar keine staatliche Hilfe, die ihnen unter die Arme greift. Sie verkennen, dass ein für sie eher unsichtbarer Staat an ganz anderen Ecken ihres Lebensraumes eingreift und dort einigermaßen für Ruhe und Ordnung sorgt. Unter Einsatz von viel Personal und noch mehr Geld kümmert er sich um Schulen und Universitäten, Kriminelle und Drogensüchtige, Straßenbeleuchtung und öffentlichen Nahverkehr, Wohnungsbau und Müllabfuhr, Kranke und Rentner. Da die meisten dieser Tätigkeitsfelder nicht sofort ins Auge springen, glauben viele „Besserverdienende“, es gäbe keinen Bedarf, was sie zu den Schluss verleitet, dass hohe Steuern nur auf Verschwendung beruhen können. Dabei können sie sich nur deswegen auf die Vergrößerung ihres Vermögens konzentrieren, weil der Staat viele Probleme von ihnen fernhält.

Die Komplexität unserer modernen Gesellschaft erzwingt geradezu Regulierung. Es scheint heute kaum noch ein gesellschaftliches Problem zu geben, welches mit einer ursprünglichen Idee von Liberalismus behandelt und gelöst werden könnte. Was sind die genuin liberalen Antworten auf die Verwerfungen der Globalisierung, auf die stetig sich vergrößernde Weltbevölkerung, auf die weltweiten CO₂-Emissionen, auf den Terrorismus, die Genmanipulation menschlicher Keimbahn und Hasskommentare im Internet? Der Nachtwächterstaat etwa? Glaubt wirklich noch jemand, die Globalisierung wird sich von alleine regeln? Soll sich jeder selbst um seine Bildung kümmern?

Die Unfähigkeit, auf diese Fragen Antworten zu finden, kennzeichnet das Dilemma des heutigen Liberalismus. Der protektive Sozialdemokratismus sieht wenigsten noch Gründe zum Eingreifen. Der Liberalismus von heute hat nur eine vage Idee von Freiheit, die zudem nicht einmal bis zum Ende durchdacht ist. Die Forderung nach „Freiheit von ...“ ist leicht gestellt: Freiheit von staatlicher Gängelung, von kollektivistischen Ideologien, von obrigkeitlicher Willkür oder von zu hohen Steuerabgaben. Viel schwerer ist die „Freiheit zu ...“. Hier hat der Liberalismus immerhin die Parole „Freiheit zum Individualismus“ zu bieten. Übersehen wird dabei, dass diese Freiheit nur in Sicherheit gedeihen kann. Und diese Sicherheit bietet nur ein demokratischer Staat mit gefestigten Institutionen und einem differenzierten Sozialsystem. Das ist die Grundlage für die angstfreie Entfaltung von Befähigungen.

Die liberale Agenda, wie sie hier exemplarisch an dem Essay von Peter A. Fischer ausgelegt wird, mutet wie ein Pfeifen im Walde an. Unter der Flagge des Liberalismus versammeln sich jene, die keine Angst vor kreativer Vielfalt, Innovationen, Wettbewerb und vor Neuem haben. Fischer hat erneut Recht, wenn er betont, dass es Liberalismus nicht an Moral gebricht. Der innere Widerspruch des Liberalismus besteht aber darin, dass er für einen wehrhaften Staat ist, aber für eine Reduzierung der Staatsausgaben, sich für freie individuelle Entfaltung ausspricht, aber wenig gegen Zügellosigkeit und Hartherzigkeit aufzubieten hat, für eine wenig regulierte soziale Marktwirtschaft ist, aber damit die Krisen der vergangenen Jahre mit heraufbeschwor. Wer eine Förderung der Marktwirtschaft und eine intakte gesellschaftliche Moral befürwortet, kann dies heutzutage nicht mehr dem freien Spiel der Kräfte überlassen. Diese Idee des Liberalismus ist tot und wurde unter dem Namen Neoliberalismus zu Grabe getragen.

Kein liberaler Ökonom stellt heute ernsthaft in Abrede, dass eine Volkswirtschaft einen soliden staatlichen Ordnungsrahmen braucht. Nur mit einem solchen Rahmen können Eigentumsrechte geschützt und öffentliche Güter – wie beispielsweise die nationale Sicherheit – bereitgestellt werden. Notwendig sind daher Interventionen auch ins Marktgeschehen, etwa in Form von Gesetzen, Verordnungen oder administrativen Verfahren. Sie kommen dort zur Anwendung, wo der unregulierte Markt zu Verwerfungen führt. Staatliche Regelungen sind in vielerlei Hinsicht notwendig. Wer könnte denn ernstlich etwas gegen Qualitätsstandards, Deklarationsverordnungen, Bewilligungsverfahren und Meldepflichten haben? Deren Einhaltung sind auf der einen Seite für Unternehmen und Private mit Kosten verbunden, auf der anderen Seite erhöhen sie Sicherheit, Transparenz und gleiche Chancen.

Die genannten Prinzipien werden von Konservativen und Sozialdemokraten voll und ganz und teilweise von Grünen und Linken getragen. Es bedarf keines Liberalismus, um für diese Prinzipien zu fechten, jedenfalls keines institutionellen Liberalismus in Form einer Partei. Aber auch sonst scheint der Liberalismus seinen Zenit deutlich überschritten zu haben. Das Überflüssigwerden des Liberalismus ist geradezu dramatisch. Beispielsweise Deregulierung: In Deutschland, den Niederlanden, Großbritannien, Schweden und der Tschechischen Republik sind Prüfstellen mit unabhängigen Experten eingerichtet worden, die nach der Regel „Ein Gesetz rein, ein Gesetz raus“ den Regulierungszuwachs stoppen oder mit der Regel „Ein Gesetz rein, zwei raus“ (Großbritannien) diesen sogar reduzieren wollen. Es sind keine nominell liberalen Regierungen, die das auf den Weg gebracht haben. Die Schweiz soll folgen, schrieb NZZ-Wirtschaftsredakteur Thomas Fuster (20. November 2015). Es ergibt sich das Paradox, dass selbst die Deregulierung reguliert werden muss.

Kann also die libertäre Idee überhaupt noch funktionieren? Der demokratische Rechtsstaat mit einer sozialen Marktwirtschaft ist in Europa unangefochten. Daran haben bedeutende Liberale einst entscheidend mitgewirkt. Der Staat soll für Gerechtigkeit sorgen, die Wirtschaft für brüderliche optimale Versorgung der Menschen und die Freiheit soll in der Kultur, in der

Kunst und Wissenschaften gelebt werden. Wirtschaft und Staat können nicht „Freiheit“ zum primären Ziel haben, vielmehr sollen sie, wenn es gut geht, den Spielraum für eine „Freiheit zu...“ bereitstellen und sichern.

Somit könnte „Liberalismus“ zu einer persönlichen bzw. personalen Idee werden, welche auf bestimmte politische Bedingungen angewiesen ist. Eine verkürzte Betrachtung achtet nur auf die Freiheit von äußeren Zwängen, ohne die innerpsychischen Bedingungen für Freiheitsfähigkeit zu berücksichtigen. Genauer gesagt bedingen sich innere Freiheitsfähigkeit und externe Freiheitsausweitung wechselseitig in einem hermeneutischen Zirkel. Die interne Kultivierung ergänzt nicht bloß die externe Entwicklung, sie ist ebenso deren Vorbedingung.

Die Beschäftigung mit dem Freiheitsthema müsste eigentlich immer mit dem für die Verantwortung notwendigen Prozess der Erziehung beginnen. Auch hier hat der Staat wichtige Vorbedingungen zu leisten. Der Zugang zu Bildung – in unseren Gesellschaften das wichtigste Element für soziale Mobilität – wäre ohne staatliche Finanzierung für viele ein unerreichbares Privileg.

Bildung bezeichnet die sittliche und geistige Gestalt, die ein Mensch innerhalb seines Kulturkreises erworben hat. Zugleich ist Bildung ein umfänglicher Formungsprozess, der zu dieser Gestalt hinführt. Bildung setzt der Freiheit Grenzen durch aufgeklärte Einsicht. Erziehung sollte eine zum rechtschaffenden Gebrauch der Freiheit sein. Bei Immanuel Kant erfährt die Erziehung eine Wertschätzung, die heute noch beachtenswert ist. Kants Erziehung ist kosmopolitisch, sie dient dem Menschen als Weltbürger. Diese Erziehung missachtet nicht das individuelle Privatwohl und das kollektive Gemeinwohl, zielt aber höher auf „das Weltbeste und die Vollkommenheit, dazu die Menschheit bestimmt ist“ (Kant, zit. in Höffe 2015, S. 93). Weiter oben wurde gesagt, dass Freiheit nur mit gewissen Zwangsmitteln gewährleistet werden kann. Eine Freiheit, die sich nicht zu verteidigen weiß, verliert schnell ihre Attraktivität.

Der Erwerb der personalen Freiheit, der „Freiheit zu...“, darf keinem Zwang unterliegen, kommt aber ohne Selbstdisziplin nicht aus. Selbstdisziplin bereitet auf innere Freiheit vor. Innere Disziplinierung ist eine negative Freiheit, eine Freiheit vom Despotismus der Begierden und Wünsche. Es kommt für den Einzelnen darauf an, in der Gesellschaft zurecht zu kommen, die Handlungsfreiheit sozial verträglich anzuwenden, sich zunächst einzufügen, beliebt zu sein, Einfluss und Macht aufzubauen, aber „ohne einander lästig zu werden“ (ebd., S. 100). Redlichkeit, Anständigkeit, Großmut, Wohltätigkeit, Manieren und Höflichkeit versuchen, das zu verhindern. Der Mensch soll jene moralisch gute Gesinnung erwerben, mit deren Hilfe man „lauter gute Zwecke wählt“ (Kant). Erneut eine Pflicht gegen sich selbst.

Freiheit verpflichtet also. Freiheit wirkt nur, wenn sie Grenzen akzeptiert. Bei Kant erfolgt die Annahme dieser Verpflichtung in einem Akt freier Anerkennung. Sie beruht auf der Anerkennung der Würde des Menschen. Der Mensch hat die Pflicht, seine eigene Würde und die der anderen zu bejahen. Das bedeutet, sich nicht gehen zu lassen, sich nicht zu betrinken, seine Schulden zurückzuzahlen, Maß und Mitte zu wahren, sich nicht unterdrücken zu lassen, das

Laster zu verabscheuen, sich nicht kriecherisch zu verhalten. Die Selbstachtung gebietet das. Die Bereitschaft zu einem wertvollen Leben nützt nichts ohne die Fähigkeit dazu. Um etwas zu bewirken, muss man etwas zu sagen haben. Um hilfsbereit zu sein, muss man zu helfen wissen.

Freiheit braucht Menschen, die etwas aus ihr machen. Mit seiner Kritik der US-amerikanischen Konsumgesellschaft drückte Erich Fromm schon in den 1940er-Jahren aus, was viele nachdenkliche Menschen spüren, dass nämlich über das Immer-Mehr das Ziel, die Personwerdung, aus dem Auge geraten ist. Der Akt der Freiheit ist einer der Selbstbefreiung durch Selbstaufklärung. Erziehung zur Persönlichkeit ist Teil der inneren Kultivierung. Hier kann man sich nicht mehr auf äußere Zwänge herausreden.

Der Anteil der Selbsterziehung im Fortschreiten zur Freiheit kann niemals Teil eines Parteien-Wahlprogramms sein. Positive „Freiheit zu...“ ist ein persönliches Programm. Das frei handelnde Wesen ist fähig, für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen; es ist ein Glied in der Gesellschaft; es ist sich seines inneren Wertes bewusst. Eine liberale Haltung sorgt für alle drei Dimensionen der Freiheit: die Autonomie durch Berufsfähigkeit, die emotional tragenden Beziehungen durch Sozialfähigkeit und das Werterkennen in der Moralfähigkeit. Diese Art der persönlichen Freiheit ist selbst im Westen keineswegs geschätzt. Die Beschäftigung mit dem Thema zeigt die Diskrepanz zwischen tatsächlichem Bildungsstand, aktuellen Bildungszielen und bürgerlichen Bildungsidealen. An dieser Stelle kann der personale Liberalismus ansetzen, hier hätte er eine weit in die Zukunft reichende Aufgabe.

* * *

Literatur

Fischer, Peter A. (2015): Gegen die schleichende Entmündigung. Neue Zürcher Zeitung, 31. Dezember 2015.

Fuster, Thomas (2015): Im Würgegriff der Regulierer. Neue Zürcher Zeitung, 20. November 2015.

Höffe, Otfried (2015): Kritik der Freiheit. Das Grundproblem der Moderne, München (C.H. Beck).